Nummer 518

Mit Kurszettel — **Berliner Börsen-Zeitung** — Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jügler. Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. — 76. Jahrgang — Mittwoch, 5. November 1930

„Do X" gestartet.

Erste Etappe des großen Auslandsfluges: Amsterdam.

Altenrhein, 5. November.

Das Flugschiff „Do X" ist heute 11.30 Uhr zu seinem großen Auslandsflug gestartet, dessen erste Etappe Amsterdam sein wird. Das Flugschiff zog zunächst einige Schleifen über dem See und nahm dann Kurs auf Friedrichshafen. Der Flug soll den Rhein entlang über Basel, Karlsruhe, Köln und Amsterdam nach Schellingwoude gehen, wo „Do X" sich einige Tage aufhalten wird. Die Strecke Altenrhein—Amsterdam beträgt etwa 880 Kilometer. „Do X" hat für 9½ Flugstunden Betriebsstoff an Bord.

Die Besatzung des Flugschiffes besteht aus dem Kommandanten, zwei Piloten, einem Navigations- und einem Funkoffizier, dem leitenden Ingenieur und sechs Bordmonteuren. Kommandant ist Kapitän Christiansen, der im Weltkriege als Führer einer Staffel von Seeflugzeugen mit dem Orden Pour le Mérite ausgezeichnet worden ist. In der Nachkriegszeit war Kapitän Christiansen als Fluglehrer beschäftigt, später hat er auf der südatlantischen Route ein großes deutsches Motorschiff geführt. Die beiden Piloten sind Ingenieure Merz aus Zittau i. Sa., der von der Deutschen Luft Hansa für den Dienst auf dem „Do X" beurlaubt worden ist und zuletzt die Strecke Travemünde—Oslo beflogen hat, sowie der Deutschamerikaner Schildhauer von der Marine der Vereinigten Staaten. Ferner gehören der Besatzung an: Navigationsoffizier Riemann, Funkoffizier Kiel, Bordingenieur Eitel, Ingenieur Brewton von den Curtiß-Motoren-Werken und Pressechef Dr. Tilgenkamp. Außer der Besatzung sind keine Fahrgäste an Bord.

Direktor Dr. Claudius Dornier, der zur Zeit in Berlin weilt, wird in Amsterdam mit seiner Gattin den „Do X" besteigen und bis Le Havre mitfliegen. Der Chefkonstrukteur Maurice Dornier wird von Friedrichshafen direkt nach Lissabon reisen, um den Amerikaflug mitzumachen.

*

Freiburg, 5. November.

Das Flugschiff „Do X" hat die Stadt Waldshut am Oberrhein um 12.28 Uhr in schnellem Flug bei gutem Wetter passiert. Kursrichtung Basel.

Vorverlegung der Beamtengehaltskürzung?

Bereits ab 1. Januar?

In parlamentarischen Kreisen erhält sich das Gerücht, daß die Reichsregierung eine Vorverlegung der ursprünglich für den 1. April nächsten Jahres geplanten Beamtengehaltskürzung auf den 1. Januar 1931 plane. Das Gerücht erhält neue Nahrung durch eine Aeußerung des Reichspostministers Schätzle in der gestrigen Verwaltungsratssitzung der Reichspost, aus der hervorgeht, daß im Kabinett tatsächlich solche Erwägungen schweben.

Von zuständiger Stelle ist weder eine Bestätigung noch aber auch ein Dementi des erwähnten Gerüchts zu erhalten. Es wird lediglich erklärt, daß der Gesetzentwurf über die Beamtengehaltskürzung zur Zeit dem Reichsrat vorliege und daß es noch nicht feststehe, ob im Verlauf der Reichsratverhandlungen seitens des Reichsrates selbst oder der Reichsregierung Abänderungswünsche zu diesem Gesetzentwurf vorgebracht werden würden.

Auch diese Erklärung von zuständiger Stelle ist nur dazu angetan, den Eindruck zu verstärken, daß tatsächlich innerhalb des Reichskabinetts ein derartiger Vorverlegungsplan erwogen wird und zweifellos noch immer sehr aktuelle Bedeutung besitzt. Von anderer Seite wird die Frage der Vorverlegung der Beamtengehaltskürzung auch mit dem bevorstehenden Schiedsspruch im Berliner Metallkonflikt in Zusammenhang gebracht und darauf hingewiesen, daß dieser Schiedsspruch auch schon am 1. Januar 1931 in Kraft treten soll, ein Umstand, der ebenfalls für die Vorverlegung der Beamtengehaltskürzung spreche.

Macdonalds „Sieg".

Wie vorauszusehen war, ist gestern im Unterhause der von den Konservativen gegen die Regierung eingebrachte Mißtrauensantrag abgelehnt worden. Macdonald hat mit 281 gegen 250 Stimmen eine Mehrheit von 31 erhalten.

Allerdings ist dieser Sieg ausschließlich den Liberalen zu verdanken, deren Mehrzahl sich der Stimme enthielt, während vier Abgeordnete für und fünf gegen die Regierung stimmten. In der vorausgegangenen Debatte sprachen u. a. Lloyd George, Baldwin und der Verkehrsminister Morrison. Letzterer betonte, die Konservativen seien als Partei vollkommen unfähig und unvorbereitet, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands zu bekämpfen. Auch Lloyd George sei bei Aufstellung seines Planes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit viel zu optimistisch gewesen. Baldwin empfahl, offenbar mit einem Blick zu seinem Parteiveteranen Lord Beaverbrook hin, Schutzzölle als Allheilmittel und bemerkte, England würde nur die Hälfte Arbeitslose haben, wenn die Konservativen am Ruder wären.

Für die parlamentarische Situation am wichtigsten war die Rede Lloyd Georges mit der Erklärung, daß der Regierung jede Gelegenheit gegeben werden müsse, einen politischen Kurs einzuschlagen, den die Liberalen als fortschrittlich ansehen könnten. Diese Haltung wird allgemein dahin ausgelegt, daß die Regierung bis Weihnachten Zeit erhalten solle, umfassende Pläne zu unterbreiten. Dann freilich dürften auch die Liberalen keine Verlängerung der Schonzeit mehr bewilligen.

Der neue Block im Südosten

Ruschdi Bey in Rom.

Konstantinopel, 4. November.

Nach Meldungen aus Angora wird der türkische Außenminister Ruschdi Bey auf seiner Rückreise von Genf in Rom einen Besuch abstatten, um mit den dortigen Stellen gewisse wichtige Fragen zu erörtern. In politischen Kreisen glaubt man, daß die aufeinanderfolgenden Begegnungen türkischer, griechischer, ungarischer und bulgarischer Staatsmänner auf die Bildung eines neuen politischen Blocks im Nahen Osten hindeuten, an dem Italien sich beteiligen wird.

*

Mit großer Folgerichtigkeit vollzieht sich die Entwicklung, deren Ursprungsidee in Rom das Licht der Welt erblickte. In ihrem Strom schwimmen, von der Hoffnung auf eine bessere Zukunft ihrer Völker beschwingt, schon eine ganze Anzahl von Staaten, die direkt oder indirekt unter den Folgen der Friedensdiktate von 1919 zu leiden haben. Der in unserem heutigen Morgenblatt wiedergegebene Bericht des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen gab einen Ueberblick, der die entstehenden Gruppierungen klar erkennen ließ. Die Bedeutung des jetzt abgeschlossenen Vertrages von Angora, bei dem Graf Bethlen als erfolgreicher Vermittler fungierte, ist bereits an dieser Stelle gewürdigt worden: es ist der Kunst Mussolinis gelungen, eine feste Brücke zwischen Griechenland und der Türkei zu schlagen; dadurch ist zugleich der Einfluß Italiens auf diese beiden Länder gesichert und die alte Verbindung mit Ungarn gefestigt. Die Hochzeit von Assisi hat Bulgarien endgültig in den gleichen Ring gezogen. Nun folgt der Besuch des türkischen Außenministers in Rom. Es ist klar, daß dieser Besuch den demonstrativen Punkt hinter dem Vertragswerk bedeutet, das in den letzten Monaten entstanden ist. Weitsichtig und energisch setzt Mussolini sich in Südosteuropa und im Mittelmeerraume durch. Der am schlimmsten verstümmelte Staat Europas, Ungarn, sichert sich gleichzeitig in kluger Erfassung der politischen Weltkonjunktur wieder einen Platz an der Sonne. Wiederholt weisen wir auf die Möglichkeiten hin, die sich der deutschen Außenpolitik hier eröffnen.

Demokratischer Wahlsieg in Amerika

Schluß mit der „Trockenheit"!

Roosevelt demokratischer Präsidentschaftskandidat.

Die bisher bekanntgewordenen Teilergebnisse der gestrigen Wahlen für das Repräsentantenhaus und zum Teil auch für den Senat lassen schon jetzt keinen Zweifel an epochemachenden Gewinnen der Demokraten gegenüber der alten republikanischen Partei zu. Auch die Dissidenten der letzteren, die sogenannten Neurepublikaner oder „Reform"-Republikaner, scheinen nicht unbeträchtliche „Erfolge" zu haben. Dann aber ist besonders bemerkenswert, daß in vielen Staaten die Stimmen nicht für die eine oder andere politische Partei, sondern in erster Linie für oder gegen die Aufhebung des Alkoholverbots abgegeben worden sind. Nach den New Yorker Telegrammen haben selbst in Staaten, die als Hochburgen der Republikaner gelten, so zum Beispiel in Kansas und Illinois die demokratischen Kandidaten einen beachtlichen Vorsprung. In Illinois unterlag die republikanische Kandidatin, die bekannte Millionärin Ruth Anna McCormick gegenüber dem früheren langjährigen demokratischen Senator Hamilton Lewis. In Wisconsin wurde Phil. Fr. Laffolette, der jüngste Sohn des verstorbenen Senators Robert Laffolette, einst Begründer der sogenannten „dritten Partei" und energischer Reformpolitiker, als republikanischer Gouverneur gewählt. In Alabama ist der bekannte republikanische Senator Thomas Heflin einem Demokraten unterlegen. Nach einer Berechnung des „Chicago Tribune" werden die Republikaner voraussichtlich etwa vierzig Sitze im Repräsentantenhaus und etwa ein halbes Dutzend Sitze im Senat verlieren.

Die größte Sensation des Tages war die Wiederwahl des demokratischen Gouverneurs von New York Roosevelt, der eine Mehrheit von nahezu dreiviertel Millionen Stimmen erhielt und jetzt in den demokratischen Kreisen als aussichtsreichster Kandidat für die Präsidentenwahlen des Jahres 1932 gilt. Andererseits wird im republikanischen Lager darauf hingewiesen, daß bis jetzt immer noch die Möglichkeit einer republikanischen Mehrheit von 20 bis 25 im Unterhause bestehe.

Ein amerikanischer Moratoriumsplan?

Zur Europareise des Gouverneurs der Federal Reserve Bank.

EP **London**, 5. November.

Wie der New Yorker Korrespondent der „New Chronicle" berichtet, ist von dem Gouverneur der Federal Reserve Bank, Harrison, ein Plan für ein Moratorium der alliierten Schuldengahlungen ausgearbeitet worden. Harrison, der sich dem Korrespondenten zufolge in Kürze nach Europa begeben wird, soll mit dem Präsidenten der Bank von Frankreich und den Gouverneuren der Banken von England, sowie dem Reichsbankpräsidenten Verhandlungen über diesen Punkt und das Reparationsproblem führen. Der ursprüngliche Plan, eine internationale Bankierkonferenz in New York abzuhalten, soll an dem scharfen Widerspruch gewisser europäischer Regierungen und an der Befürchtung des amerikanischen Schatzamtes gescheitert sein, es könne in einer Weise in die Verhandlungen hineingezogen werden, die dem Präsidenten Hoover politisch nachteilig werden könnte. Harrison soll deshalb bereit sein, in Europa mit den internationalen Bankiers das Reparations- und Kriegsschuldenproblem zu erörtern.

Die Haltung des amerikanischen Schatzamtes bezeichnet der Korrespondent als ziemlich ungeklärt. Während es auf der einen Seite zugebe, daß Harrison einen Moratoriumsplan ausgearbeitet habe, erkläre es auf der anderen Seite mit Entschiedenheit, daß es keinerlei Interesse daran habe. Der Korrespondent hält es für undenkbar, daß ein Mann in der Stellung Harrisons seine Zeit auf Ausarbeitung eines Planes verwende, der schließlich lediglich als akademische Frage betrachtet werden solle. Im Wallstreet werde man ein Moratorium sehr befürworten, da man glaube, daß es dem amerikanischen Handel zum großen Vorteil gereichen werde, wenn die europäischen Länder mehr Geld für den Ankauf von Waren ausgeben könnten.

New York, 5. November.

Die Zeitung „New York Times" veröffentlicht einen Bericht aus Paris, in dem anläßlich der bevorstehenden Reise des BIZ-Präsidenten Mc. Garrah nach New York auf die ungewöhnlich große Aktivität hingewiesen wird, die in der letzten Zeit bei der internationalen Finanzwelt eingesetzt hat. Das Blatt erwähnt die kürzlichen Europareisen von J. P. Morgan und Owen D. Young, denen nunmehr der Gouverneur der New Yorker Bundesreservebank, Harrison, und Parker Gilbert folgten. Im Laufe der bevorstehenden Besprechungen der Zentralbank-Leiter könne mit Sicherheit eine Erörterung der Reparationszahlungen erwartet werden, worum sich naturgemäß auch eine Aussprache über das Problem der alliierten Kriegsschulden anschließen würde.

Die Siegesfeier in Italien.

„Kein Wort gegen Deutschland!"

(Drahtbericht unseres Korrespondenten.)

HL **Rom**, 4. November.

Wie bereits gemeldet, fanden gestern die Erinnerungsfeiern an Italiens Mitwirkung im Weltkrieg statt, welche seit Kriegsende regelmäßig begangen werden. Es ist in politischer Hinsicht sehr interessant dabei festzustellen zu können, daß in dem Maße, in welchem sich das italienisch-französische Verhältnis verschlechtert hat, sich der Charakter dieser ursprünglich als „Siegesfeier" gedachten Veranstaltung von Grund auf gewandelt hat. In den Festversammlungen der Kriegsteilnehmer, des aktiven Militärs, wie vor den jungen faschistischen Garden wurden diesmal die schweren Opfer, welche Italien an Menschen wie an politischer Energie gebracht habe, besonders betont und vor allem die Jugend darauf hingewiesen, daß trotzdem „Italien den Frieden verloren habe". Bei der Rede des Universitätsrektors vor den römischen Fakultäten fiel unter Hinweis auf die völlige Veränderung der Weltsituation seit dem Vortrieg der bezeichnende Ausruf: „Kein Wort gegen Deutschland! Wenn es vor dem Kriege durch Imperialismus die Welt beunruhigt habe, so beunruhigen heute andere durch einen neuen Imperialismus ohne Kaiser die gleiche Welt, welche sie von jenem allen Imperialismus zu befreien vorgegeben haben. Aber die Geschichte lehre, daß jeder Ueberspannung gleiche Reaktionen zu folgen pflegen." Auf den gleichen Ton der politischen Anspielung gegen Frankreich und einer neuen Achtung vor dem um seine nationale Erstarkung ringenden Deutschland von heute waren auch die offiziellen Reden gestimmt, welche öffentlich vor dem Volke auf den Plätzen Roms gehalten wurden.

Die „Erste Kammer".

Von

Paul Steinfurth.

Der Reichsrat hat gestern einen großen Tag gehabt. Nicht nur deshalb, weil er die Behandlung eines Finanz- und Sanierungsprogramms einleitete, das die Basis für die Besserung der deutschen Wirtschaftsfrage sein soll. Vielleicht geht die Bedeutung dieses Tages noch weit über den sachlichen Beratungsstoff hinaus, weil hier ein Anfang zu einer wesentlichen und fast grundsätzlichen Aenderung unseres gangen parlamentarischen Systems gegeben ist.

Daß der Hauptträger dieses Systems, der Deutsche Reichstag, sich nicht gerade mit Ruhm bedeckt, sondern ersaunliche Leistungen nur in der systematischen Diskreditierung des Parlamentarismus gezeigt hat, ist eine Tatsache, die sich genügend herumgesprochen hat, um noch des breiteren belegt werden zu müssen. Auf diese Weise ist die paradoxe Situation entstanden, daß auch die Verfechter des parlamentarischen Gedankens nur noch in der weitgehenden Ausschaltung des Reichstages die Möglichkeit seiner Rettung sehen. Das war ja zum wesentlichen Teil die Stärke des Reichskabinetts bei dem kurzen Gastspiel, das das neue Reichsparlament im vorigen Monat gab, und es wird zweifellos auch nicht ohne Einfluß auf den schließlichen Ausgang der Dezembertagung sein. Darüber ist sich gewiß auch der Kanzler klar, und man darf, nebenbei bemerkt, schon deshalb als sicher annehmen, daß er die Finanzvorlagen durchaus den formalen Weg der parlamentarischen Erledigung gehen läßt und nicht erst vom 3. Dezember durch Notverordnungen bereits vollendete Tatsachen schafft, wie gestern in einigen Abendblättern vermutet wurde. Gewiß sind solche Pläne in politischen Kreisen schon erörtert worden, aber bei der Schwäche des Reichstages hat der Kanzler es, von seinem Standpunkt aus gesehen, zunächst ja noch gar nicht nötig, die Keule des Artikels 48 zu schwingen. Es genügt, daß sie irgendwo in der Ecke steht.

Schon daraus ergibt sich, wie niedrig der Kurs des Reichstages nicht allein im Eindruck der Oeffentlichkeit, sondern, was noch weit schwerwiegender sein dürfte, sogar für die praktische Politik augenblicklich ist. Dazu kommt ein Weiteres: Wer die gestrige Sitzung des Reichsrates mit aufmerksamem Auge beobachtete, mußte zu der Auffassung kommen, daß hier nicht nur ein gutachtliches Gremium beisammen war, das zwar nach der Verfassung Gesetzentwürfe auch ablehnen kann, das aber nach der ganzen Gepflogenheit der letzten zehn Jahre — sehr zu Unrecht — doch nur eine Rolle dritter oder vierter Ordnung spielte. Es scheint in der Tat, als habe sich die Stellung des Reichsrats mit einem Schlage geändert, als habe er nun plötzlich die Bedeutung erhalten, die ihm zukommt. Der Reichskanzler selbst hielt vor diesem Forum eine Rede, deren sachliche Bedeutung niemand ableugnen wird. Er marschierte mit dem Reichskabinett auf und ließ seine Ausführungen noch durch den Vizekanzler und Reichsfinanzminister und durch den Arbeitsminister vervollständigen. Die Länder waren nicht nur, wie es früher üblich war, durch ihre Reichsratsbevollmächtigten vertreten, die zum größten Teil noch den wunderschönen Titel eines Gesandten beim Reich tragen, vielmehr nahmen die Ministerpräsidenten selbst an der Sitzung teil. Es ist nicht ohne Pointe, daß sie auf den Wunsch des Reichskanzlers nach Berlin gekommen waren. Es liegt in derselben Linie, daß Dr. Brüning die Sitzung des Reichsrats durchaus in einer Form vorbereitete, die sich nur als „parlamentarisch" ansprechen läßt. Er hat, gemeinsam mit dem Reichsfinanzminister, sein Programm zunächst mit dem preußischen Ministerpräsidenten durchgesprochen; was an sich noch nicht außergewöhnlich wäre, denn Preußen ist als größtes Land auch bei früheren Gelegenheiten häufig gehört worden. Aber Dr. Brüning ist einen wesentlichen Schritt weitergegangen: Er fuhr nach München zur bayerischen Regierung, er hat ferner eine Besprechung in Dresden abgehalten und schließlich auch noch die Vertreter der norddeutschen Länder und der Hansestädte in Berlin bei sich gesehen. Das alles waren gewissermaßen fraktionelle Besprechungen, die sich von den im Reichstag üblichen Parteiführerkonferenzen eigentlich nur nach zwei Richtungen unterschieden. Einmal dadurch, daß diese „Fraktionen" sich dem Charakter des Reichsrats entsprechend nach dem Gesichtspunkt der geographischen Einteilung des Reiches und des historischen Gewordenseins gliedern. Der andere Unterschied dürfte der sein, daß bei diesen Besprechungen tatsächlich etwas Praktisches herausgekommen zu sein scheint.

Hier setzt nun das Wesentliche, das Neue ein: Aus dem Reichsrat ist eine Art „Erste Kammer" geworden. Das geht nicht nur aus der eben geschilderten Vorbedingung der gestrigen Sitzung und aus dem Bild hervor, das sie bot; das wird sich zweifellos in der nächsten Zukunft noch viel stärker zeigen und weiter entwickeln. Kein Zweifel, daß Dr. Brüning mit dieser Verlagerung des parlamentarischen Schwergewichts sehr zweckmäßig operiert hat. Der Reichsrat weiß, welche Verantwortung er jetzt zu tragen hat, und dieses Bewußtsein sollte um so lebhafter sein, als ja schließlich seit seinem Bestehen nicht gerade immer als eine große Kompetenz der deutschen Politik behandelt worden ist. Der Kanzler hat sich also einen arbeitswilligen Reichsrat geschaffen. Das ist seinem Ziel um so nützlicher, als das Sanierungsprogramm ja gerade von den Ländern einen